

## I. Anmeldung

**TOP:** \_\_\_\_\_

### Personal- und Organisationsausschuss

**Sitzungsdatum 09.07.2013**

**öffentlich**

**Betreff:**

**Leitfaden für e-Partizipationsverfahren in der Stadtverwaltung Nürnberg**

**Anlagen:**

Sachverhaltsdarstellung

Leitfaden inkl. Checkliste zur Durchführung von Verfahren der elektronischen Bürgerbeteiligung

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
POA	06.03.2012	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
POA	12.06.2013	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Die ungeheure Dynamik in der Entwicklung des Internets seit den 90er Jahren sowie der Ausbau der Breitband-Netze haben zur Allgegenwart des World Wide Web in vielen öffentlichen und privaten Bereichen geführt. Infolgedessen hat das Internet mannigfaltige Optionen der Bürgerbeteiligung geschaffen und spielt in vielen Partizipationsprozessen bereits eine gewichtige Rolle. Denn neben der massiven Bedeutungszunahme des Internets ist ein weiterer Trend evident: Bürger wollen sich zunehmend bei politischen Entscheidungen einbringen. So wünschen sich etwa 89 Prozent der Bürger mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei Infrastrukturvorhaben und Leitbildprozessen. Nahezu zwei Drittel der Bürger sehen dabei die Behörden in der Pflicht, dergleichen Angebote zu schaffen (vgl. TNS-Emnid, Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom August 2012).

Die Stadtverwaltung Nürnberg möchte sich diesem Wandel und der aufgezeigten Nachfrage künftig offensiv und ganz im Sinne des Leitbildes der Stadt Nürnberg nutzen. Dort heißt es: „Wir entwickeln und gestalten zusammen mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Leben, Arbeiten und Wohnen in einer zukunftsfähigen und innovativen Stadt.“ Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des NetCity-Teilprojekts „e-Partizipation“ ein eP-Leitfaden entwickelt. Dieser richtet sich vornehmlich an stadtinterne Entscheidungsträger, die die Durchführung eines eP-Verfahrens in Erwägung ziehen. Er beinhaltet Umsetzungsstandards für e-Partizipationsverfahren sowie eine Checkliste zur Prüfung eines Vorhabens auf eP-Eignung.

Die Beantragung der Haushaltssmittel für ePa-Verfahren erfolgt gemäß Leitfaden durch den stadtinternen Dienstleister e-Partizipation, in enger Abstimmung mit dem ePa-Steuerungskreis. Um dieses Verfahren künftig durchführen zu können, erfolgt die Beantragung von Haushaltssmitteln in einem prognostizierenden Vorgriff auf das kommende Jahr. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass künftig 1-2 diskursive ePa-Verfahren per anno durchgeführt werden (können). Deren Realisierung, dass zeigen Vergleichswerte aus anderen Kommunen und Erfahrungswerte aus der Lärmarktionsplanung ([www.nürnberg-aktiv-gegen-lärm.de](http://www.nürnberg-aktiv-gegen-lärm.de)), wird mit einem Haushaltsvolumen von ca. 80.000€ zu Buche schlagen.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**  
siehe Beilage

**1a. Finanzielle Auswirkungen:**

- |                                                                                       |                                                  |
|---------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <b>Nein</b><br><input checked="" type="checkbox"/> <b>Ja</b> | <input type="checkbox"/> <b>Noch offen, weil</b> |
|---------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|

**Kosten:**

- |                                                 |
|-------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> noch nicht bezifferbar |
|-------------------------------------------------|

Gesamtkosten	80.000 €	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten
davon konsumtiv	80.000 €	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten

**1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:**

- |                                                                                                                  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> <b>Nein</b> Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich                  |
| <input type="checkbox"/> <b>Ja</b> Betrag:            €                      Profitcenter / Investitionsauftrag: |

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- |                                                                                                        |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <b>Nein</b>                                                                   |
| <input type="checkbox"/> <b>Ja</b> im Umfang von                      Vollkraftstellen (weiter bei 2b) |

**2b. Deckung vorhanden:**

- |                                                                                       |
|---------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <b>Nein</b> Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich |
| <input type="checkbox"/> <b>Ja</b> Stellen-Nr.                                        |

**3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:**

- |                                               |
|-----------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> <b>Nein</b>          |
| <input checked="" type="checkbox"/> <b>Ja</b> |

**3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:**

- |                                                 |
|-------------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> <b>Nein</b> |
| <input type="checkbox"/> <b>Ja:</b>             |

**4. Abstimmung ist erfolgt mit:**

- |                                                          |                                                                                                                                                                                                 |
|----------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> <b>Ref. I / OrgA</b> | <input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag akzeptiert<br><input type="checkbox"/> keine Stellendeckung vorhanden<br><input type="checkbox"/> Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren      |
| <input checked="" type="checkbox"/> <b>Ref. II / Stk</b> | <input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag akzeptiert<br><input type="checkbox"/> keine Haushaltsmittel vorhanden<br><input type="checkbox"/> Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten |



- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- 
- 
- 

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. I**

Nürnberg, 19.06.2013  
Referat für Allgemeine Verwaltung

(5101)

## **NetCity Nürnberg**

hier: Leitfaden zur Implementierung und Standardisierung des Beteiligungsinstruments der e-Partizipation in der Stadtverwaltung Nürnberg

### **I. Sachverhalt**

#### *1. Leitfaden E-Partizipation*

Bezugnehmend auf die POA-Vorlage vom **07. Mai** ist es die Zielstellung des NetCity-Teilprojekts „e-Partizipation“ (eP), das Beteiligungsinstrument der elektronischen Bürgerbeteiligung für die Stadtverwaltung zusätzlich zu den vorhandenen Beteiligungsformen standardisiert nutzbar zu machen.

Die ungeheure Dynamik in der Entwicklung des Internets seit den 90er Jahren sowie der Ausbau der Breitband-Netze haben zur Allgegenwart des World Wide Web in vielen öffentlichen und privaten Bereichen geführt. Infolgedessen hat das Internet mannigfaltige Optionen der Bürgerbeteiligung geschaffen und spielt in vielen Partizipationsprozessen bereits eine gewichtige Rolle. Es wird nicht nur für die Informationsbereitstellung an eine breite Öffentlichkeit herangezogen, sondern fungiert zudem sowohl als Diskussionsplattform für gesellschaftlich relevante Themen, als auch als transparentes Medium für kommunale Planungsprozesse. Das Web 2.0 mit seinen zahlreichen bedienerfreundlichen Vernetzungsformen, Foren und Blogs bietet ein bedeutsames Potenzial für Partizipationsvorhaben.

Die Stadtverwaltung Nürnberg möchte die Chancen des Internets als Beteiligungsmedium künftig offensiv und ganz im Sinne des Leitbildes der Stadt Nürnberg nutzen. Dort heißt es: „Wir entwickeln und gestalten zusammen mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Leben, Arbeiten und Wohnen in einer zukunftsfähigen und innovativen Stadt.“ Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des NetCity-Teilprojekts „e-Partizipation“ ein eP-Leitfaden entwickelt. Dieser richtet sich an stadtinterne Entscheidungsträger, die die Durchführung eines eP-Verfahrens in Erwägung ziehen. Zugleich kann das Dokument für Mitglieder des Stadtrates von Interesse sein, da es einen direkten Zugang zur Thematik der elektronischen Bürgerbeteiligung ermöglicht.

Konkret sind folgende Ausführungsbausteine Bestandteil des eP-Leitfadens:

- Begriffsbestimmung und thematische Einordnung e-Partizipation
- Formen der e-Partizipation
- Darstellung des grundsätzlichen Nutzens von Partizipationsverfahren
- Chancen des Internets als Partizipationsplattform
- Checkliste zur Prüfung eines Vorhabens auf eP-Eignung
- Umsetzungsstandards für e-Partizipationsverfahren
  - ✓ Rollenstruktur bei der Durchführung eines eP-Verfahrens
  - ✓ Der „stadtinterne Dienstleister e-Partizipation“ als zentrale eP-Einheit in der Stadtverwaltung
  - ✓ Darstellung eines standardisierten eP-Workflows (Planung, Umsetzung, Auswertung)
- Erfolgsfaktoren für eP-Verfahren

Die AG NetCity Nürnberg ist davon überzeugt, dass es mit dem eP-Leitfaden gelingen kann, das Beteiligungsinstrument der „e-Partizipation“ in der Stadtverwaltung zu etablieren. Die Festlegung gewisser Standards für organisatorische und prozessuale Verfahrenswege wird Lerneffekte

in der Stadtverwaltung erzielen und eine Wiedererkennbarkeit Nürnberger eP-Verfahren in der Öffentlichkeit bewirken.

## *2. Haushaltsmittel für 2014 zur Durchführung von eP-Verfahren*

Die Beantragung der Haushaltsmittel für eP-Verfahren erfolgt künftig gemäß Leitfaden durch den stadtinternen Dienstleister e-Partizipation, in enger Abstimmung mit dem eP-Steuerungskreis. So soll sichergestellt werden, dass die Einhaltung der definierten Standards erfolgt und eine Priorisierung von eP-Vorhaben sowie deren zeitliche Taktung gesamtstädtisch vorgenommen werden kann. Im Steuerungskreis wird hierzu am Jahresende der eP-Bedarf in den Geschäftsbereichen abgefragt und im Fortlauf diskutiert, geprüft und mit der Politik als Entscheidungsträger abgestimmt. Um dieses Verfahren künftig durchführen zu können, erfolgt die Beantragung von Haushaltsmitteln in einem prognostizierenden Vorgriff auf das kommende Jahr. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass künftig 1-2 diskursive eP-Verfahren per anno durchgeführt werden (können). Deren Realisierung, das zeigen Vergleichswerte aus anderen Kommunen und Erfahrungswerte aus der Lärmaktionsplanung ([www.nürnberg-aktiv-gegen-lärm.de](http://www.nürnberg-aktiv-gegen-lärm.de)), wird mit einem Haushaltsvolumen von ca. 80.000 € (ein „großes“, diskursives Verfahren sowie ein „einfaches“ Verfahren) zu Buche schlagen.

## **Beschlussvorschlag**

1. Der eP-Leitfaden in der vorliegenden Form wird beschlossen.
2. e-Partizipationsvorhaben der Stadt Nürnberg werden künftig anhand der im Leitfaden definierten Standards durchgeführt, um Lerneffekte in der Stadtverwaltung und Wiedererkennungseffekte in der Nürnberger Bevölkerung zu generieren sowie Qualitätsnormen sicherzustellen. Die im Leitfaden dargestellten Rollen und Funktionen zur Durchführung von eP-Verfahren werden beschlossen.
3. Für eP-Vorhaben im Jahr 2014 sollen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000€ bereitgestellt werden.

## **II. Ref. I/POA**

Nürnberg, 27. Juni 2013  
Referat für Allgemeine Verwaltung

(5219)

## Abdruck:

BgA  
OrgA  
Pr  
Stk  
WiF  
GPR

# **Leitfaden für e-Partizipationsverfahren in der Stadtverwaltung Nürnberg**

Stand: 06.06.2013

# Inhaltsverzeichnis des ePa-Leitfadens

## 1. Einführung

- 1.1 e-Partizipation als Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels
- 1.2 Zielsetzung, Aufbau und Struktur des Leitfadens

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation (ePa)

- 2.1 Begriffsbestimmung und thematische Einordnung e-Partizipation
- 2.2 Formen der e-Partizipation

## 3. Nutzen und Grenzen von e-Partizipation

- 3.1 Grundsätzlicher Nutzen von Partizipationsverfahren
- 3.2 Nutzen von Partizipationsverfahren via Internet – die „e“-Komponente
- 3.3 Grenzen von e-Partizipationsverfahren
- 3.4 e-Partizipationsverfahren als Abwägungsprozess zwischen Nutzen und Grenzen

## 4. Checkliste: Prüfung des eigenen Vorhabens auf ePa-Eignung

- 4.1 Warum diese ePa-Checkliste?
- 4.2 Struktur der ePa-Checkliste
- 4.3 Verfahrenshinweise zur Abarbeitung der ePa-Checkliste
- 4.4 Die „Stopp-Liste“

## 5. Umsetzungsstandards für e-Partizipationsverfahren

- 5.1 Rollenstruktur bei der Durchführung eines ePa-Verfahrens
- 5.2 Der stadtinterne Dienstleister e-Partizipation (SiDePa)
- 5.3 Akteursbetrachtung: An ePa's beteiligte Verwaltungseinheiten
- 5.4 Darstellung des ePa-Workflows (Planung, Umsetzung, Auswertung)

## 6. Erfolgsfaktoren für ePa-Verfahren

# 1. Einführung

## 1.1 e-Partizipation als Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels

Interaktive, digitale Medien sind nicht erst seit Facebook ein fester Bestandteil vieler Alltagsbereiche. Laut einer Erhebung von TNS Infratest (Stand: 24.09.2012) nutzen mittlerweile fast 80% der Deutschen das Internet zur Kommunikation, um einzukaufen oder sich schlicht zu informieren. Tendenz steigend. Wie aber ist dieser Medienwandel im Hinblick auf demokratische Entscheidungsprozesse zu werten?

Es zeigt sich, dass der Wunsch in der Bürgerschaft nach mehr Information und Beteiligungsmöglichkeit mit dieser Entwicklung gleichlaufend einhergeht. So weist eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus, dass sich neun von zehn repräsentativ Befragten (Quelle: „Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung“; Bertelsmann Stiftung 2012) grundsätzlich mehr Informationen und Teilhabeoptionen an öffentlichen Vorhaben wünschen. Bevorzugtes Medium dabei: Das Internet.

Die öffentliche Hand greift diesen Trend auf. In vielen Kommunen werden etwa Bürgerhaushalte durchgeführt (rund 115 Kommunen; Stand: 24.09.2012; Quelle: [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org)). Und auch der Bund und die Länder nutzen in ihren Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen vermehrt digitale Kanäle, sei es zu Kommunikations-, Verwaltungs- oder Konsultationszwecken. Umgekehrt finden zudem verstärkt politisch interessierte und engagierte Bürger, Vereine und Initiativen den Weg ins Netz, um ihre Meinung zu äußern, für politische Anliegen zu streiten oder Entscheidungen zu beeinflussen. Es etabliert sich also zusehends eine „digitale Bürger-Staat-Beziehung“ (Quelle: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, S. 14ff.).

Die Beteiligungsmöglichkeit über das Internet, kurz „e-Partizipation“, ist Bestandteil und zugleich Ausdruck dieser Entwicklung. Mit dem vorliegenden Leitfaden stellt sich die Stadtverwaltung Nürnberg der aufgezeigten Dynamik offensiv und ganz im Sinne des Leitbildes der Stadt Nürnberg. Dort heißt es: „Wir entwickeln und gestalten zusammen mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Leben, Arbeiten und Wohnen in einer zukunftsfähigen und innovativen Stadt.“

# 1. Einführung

## 1.2 Zielsetzung, Aufbau und Struktur des Leitfadens

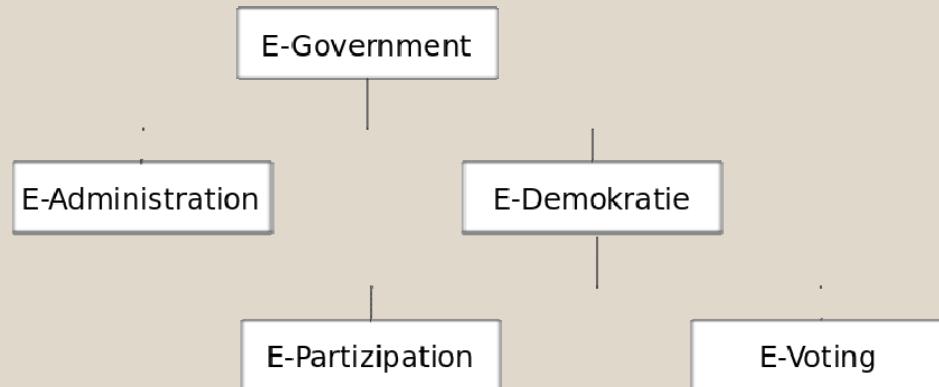
- Der vorliegende Leitfaden richtet sich an stadtinterne Entscheidungsträger, die die Durchführung eines ePa-Verfahrens in Erwägung ziehen. Gleichzeitig kann das Dokument auch für Mitglieder des Stadtrates von Interesse sein, da es zu den Grundsätzen guter Politik gehört, eine möglichst breite Akzeptanz für politische Vorhaben zu erzielen. Dieser Leitfaden mag dabei Zugang zur Thematik der elektronischen Bürgerbeteiligung sein.
- Die Ausführungen sind bewusst knapp gehalten, um einen schnellen Überblick über alle relevanten Aspekte von e-Partizipation gewinnen zu können.
- Es sei angemerkt, dass sich der Leitfaden vornehmlich auf Facetten der **elektronischen** Bürgerbeteiligung bezieht. „Konventionelle“ Partizipation ist insofern nicht vornehmlicher Bestandteil dieses Leitfadens.
- Der vorliegende Leitfaden bietet Ihnen somit Hilfestellung für die Vorbereitung und Durchführung von elektronischen Beteiligungsverfahren. Er erläutert praktische Hilfestellungen, zeigt die ePa-Eignung von Projekten auf und identifiziert Erfolgsfaktoren von gelungenen Verfahren.

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation (ePa)

### 2.1 Begriffsbestimmung e-Partizipation

„**e-Partizipation** (im folgenden ePa) umfasst alle internetgestützten Verfahren, die eine **Beteiligung** von Bürgern am politischen Entscheidungsprozess ermöglichen.“

Wichtig ist also der Aspekt der Beteiligung. Eine „bloße“, informierende Homepage zu einem öffentlichen Thema ist somit noch keine e-Partizipation. Gleichzeitig darf e-Partizipation aber auch nicht mit „e-Voting“ verwechselt werden. „e-Partizipation bei informellen Verfahren zielt im Gegensatz zur elektronischen Abstimmung bzw. elektronische Wahlen (e-Voting) nicht auf den Akt der Entscheidung, sondern auf den Prozess der Meinungsbildung ab. In repräsentativen Demokratien ist e-Partizipation als Dialog zwischen Regierung und Bürgern zu verstehen, in der sich die Bürgerinnen und Bürger freiwillig und aktiv in den Entscheidungsfindungsprozess einbringen. Die letztendliche Verantwortung für die Entscheidung verbleibt aber bei den gewählten Vertretern.“ (Quelle: Wikipedia, Stand: 24.09.2012).



## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### 2.2 Formen der e-Partizipation

Folgende Ausprägungsformen der e-Partizipation sind zu unterscheiden:

A)

Einfache Verfahren

- Teilnehmer beantworten vorgegebene Fragen oder geben frei formulierte Stellungnahmen ab. Eine Veröffentlichung der Eingaben findet hier nicht statt. Einfache Verfahren sind eine reine Konsultation zwischen Bürger und Verwaltung.

B)

Diskursive Verfahren

- Alle Beiträge sind für jeden einsehbar, so dass die Teilnehmer sich hier auch aufeinander beziehen können und eine inhaltliche Bewertung der Beiträge möglich ist. Derartige Verfahren sehen eine Moderation des Prozesses zwingend vor.

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### A) Einfache Verfahren der e-Partizipation

Einfache Verfahren der e-Partizipation zeichnen sich dadurch aus, dass Sie mit vergleichsweise geringem Aufwand umgesetzt werden können. Hier findet kein direkter Austausch zwischen den Teilnehmern statt, sondern die angesprochenen Bürgerinnen und Bürger können sich online mit Bewertungen oder Ideen an die Stadtverwaltung wenden.

#### Vorteile:

- Einfache Rückmeldung per Mail oder Formular möglich
- Ergebnisse können „in Ruhe“ ausgewertet werden
- Kein Moderationsaufwand

#### Nachteile:

- Geringeres Maß an Transparenz im Vergleich zu diskursiven Verfahren
- Keine direkter Austausch der Diskussionsteilnehmer untereinander möglich
- Viele Eingaben u.U. mit sich wiederholenden Argumenten
- Jeder Beitrag muss individuell ausgewertet werden
- Alleine, ohne Kontext eingesetzt, eignen sie sich nicht für komplexe e-Partizipationsvorhaben

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### A) Einfache Verfahren der e-Partizipation – Beispiele

#### Ideenwettbewerbe

**Ihre Meinung - Ihr Kommentar....**

Sie haben Anmerkungen, Hinweise oder Informationen zum Projekt? Dann lassen Sie es uns wissen! Füllen Sie einfach das folgende Formular:

**Kontaktdaten**

**Name \***

**Vorname \***

**E-Mail \***

**Ihre Anmerkungen**

**Anmerkungen \***

**Künftige Infos**

Möchten Sie in unseren Verteiler aufgenommen und künftig per EMail über öffentliche Arbeits- und Präsentationstermine informiert werden?

**Einwilligung zur Namensnennung**

Wenn Sie uns erlauben möchten, Ihren Namen im Zusammenhang mit Ihrer Anregung oder Idee zu nennen, setzen Sie hier bitte einen Haken. Andernfalls werden wir Ihren Beitrag nur anonymisiert weiterverwenden.

**Absenden**

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### A) Einfache Verfahren der e-Partizipation – Beispiele

#### Befragungen



The screenshot shows the homepage of the NorisBike website. At the top, there's a banner with a woman holding a card and a bicycle, followed by the text "Das clevere Fahrradleihsystem für Nürnberg" and the NorisBike logo. Below the banner is a navigation bar with links: Start, NorisBike, Standorte, Kunde werden, Tarife, Kundenkarte, VAG-Kunden, Presse, Werbung, and Links. On the left, there's a yellow sidebar with the heading "RAD À LA CARTE: AUSLEIHEN UND LOSRADELN" and a list of bullet points about the service. The main content area features a section titled "Neue Stationen – Sie entscheiden mit wo gebaut wird" with text about station expansion and a list of planned locations. To the right, there's a yellow "Neu hier?" box with a "Jetzt registrieren" button, a green "Login" box with fields for telephone number and PIN, and a red "Hotline" box with the phone number 030.69205046.

**RAD À LA CARTE:  
AUSLEIHEN  
UND LOSRADELN**

- ⌚ 66 Verleihstationen
- ⌚ 750 bequeme City-Leihfahrräder
- ⌚ Ausleihen und an beliebiger Station wieder abgeben
- ⌚ Registrieren an Verleihstation, per Telefon oder Internet
- ⌚ Mit NorisBike-Kundenkarte nur 50 Cent pro halbe Stunde
- ⌚ NorisBike-Kundenkarte nur € 8,- pro Jahr
- ⌚ Extrakonditionen für alle

**Neue Stationen – Sie entscheiden mit wo gebaut wird**

Derzeit stehen 66 Verleihstationen im Stadtgebiet für die NorisBike-Kunden zur Verfügung. Die Zahl der Neukunden und Ausleihen steigt kontinuierlich an. Alleine im Monat August wurden die NorisBikes 7.400-mal ausgeliehen. Der August war damit der ausleihstärkste Monat seit Inbetriebnahme des Verleihsystems.

Die Resonanz ist nach wie vor hoch – noch immer gehen zahlreiche Antragen nach weiteren NorisBike-Stationen ein. Das Verleihsystem wächst weiter. Die Dottey e.V. und die Tucher'sche Stiftung haben je eine Verleihstation finanziert. Des Weiteren fördert der Bund noch in diesem Jahr sieben weitere Stationen.

Drei Stationen sind schon fest geplant:

- U-Bahnhaltestelle Eberhardshof
- U-Bahnhaltestelle Sündersträß
- Straßenbahnhaltstellle Mögeldorf

Vier weitere Stationen können Sie auswählen. Eine Auswahl von Vorschlägen zur Verdichtung und Erweiterung des Verleihsnetzes ist unten dargestellt. Wünsche aus der Bevölkerung wurden bereits berücksichtigt.

Entscheiden Sie mit, wo Sie zukünftig ein NorisBike ausleihen möchten und geben Sie Ihre Stimme ab. Die vier am häufigsten genannten Standorte werden, sofern technisch möglich, realisiert. Darüber hinaus nehmen wir auch gerne Ihre alternativen Standortwünsche entgegen, die wir in unserer Auswertung einbeziehen und prüfen werden.

**Neu hier?**  
Für die Rad-Benutzung ist eine einmalige Registrierung nötig.  
**Jetzt registrieren**

**Login**  
Telefonnummer:  
PIN:  
**Anmelden**  
PIN vergessen?

**Hotline**  
030.69205046

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### A) Einfache Verfahren der e-Partizipation – Beispiele

#### Stimmungsbilder



## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### B) Diskursive Verfahren der e-Partizipation

Alle Beiträge in diskursiven Verfahren sind für alle Nutzer einsehbar, können besprochen und bewertet werden. Aufgrund des hohen Maßes an Interaktion zwischen den Beteiligten ist eine Moderation diskursiver Verfahren notwendig, um einen zielgerichteten und formwahrenden Austausch zu gewährleisten.

#### Vorteile:

- Das Verfahren und die Ergebnisse sind transparent
- Wiederholungen von identischen Beiträge kommen kaum vor
- Gemäß der Theorie der Schwarmintelligenz können im Diskurs neue Ideen entstehen
- Eine Vorauswahl der „besten“ Vorschläge erfolgt durch Bewertung der Teilnehmer = Entlastung für die Verwaltung
- Die Verwaltung kann sich in die Diskussion einbringen, zentrale Fragen direkt beantworten und auf diese Weise zielgenauer und bedarfsgerechter informieren
- Ermöglichen Perspektivenwechsel und Lernprozesse („Blick über den eigenen Vorgarten“)

#### Nachteile:

- Relativ großer Zeitaufwand und Ressourceneinsatz in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase
- Zusätzliche Kosten durch die Beauftragung externer Berater in der Konzeptionsphase (v.a. bei Erstprojekten)
- Zusätzliche Kosten durch die Beauftragung externer Moderation in der aktiven Beteiligungsphase

# 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation



## B) Diskursive Verfahren der e-Partizipation

The screenshot shows the homepage of the 'Vielfalt bewegt Frankfurt' website. It features a large banner with a crowd of people and the text 'ERGEBNISSE DIALOG'. Below the banner are sections for 'INFORMIEREN' and 'MITMACHEN'. The 'MITMACHEN' section includes a login form for 'ANMELDEN' and 'REGISTRIEREN', and links for 'Neues Passwort anfordern' and 'TERMINE'. A 'NEWSLETTER' button is also present. At the bottom, there is a 'TERMINKALENDER' for September.

Frankfurt/Main

Dialog zum Integrations-  
Konzept

The screenshot shows the homepage of the 'Kölner Bürgerhaushalt 2012' website. It features a banner with the Cologne skyline and the text 'Deine Stadt - Dein Geld'. Below the banner are tabs for 'Startseite', 'Vorschläge', 'Infos', 'Ergebnisse', and 'Meine Seite'. The 'Ergebnisse' tab is active. It displays a speech bubble from 'Jürgen Roters, Oberbürgermeister' and another from 'Gabriele C. Klug, Stadtkämmererin'. To the right, there is a sidebar with a login form, a link to 'Informationen zur Umfrage', and a chart titled 'Umfrage' showing the results of a survey on how to reduce the deficit.

Köln

Bürgerhaushalt

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### B) Diskursive Verfahren der e-Partizipation

**Aufbruch Bayern**

ARCHIV  
Der achtwöchige Online-Dialog wurde zum 15.08.2010 beendet.

Bayerische Staatsregierung

HOME | AUFBRUCH BAYERN | IDEEN UND VORSCHLÄGE | COMMUNITY | IPHONE | FAQ | SHARE

FAMILIE BILDUNG INNOVATION  
... Ihr Vorschlag zählt!

1 Über Aufbruch Bayern 2 Ideen, Vorschläge und Beispiele 3 Teilnehmer

Willkommen auf der Bürgerplattform

Willkommen auf "Aufbruch Bayern", zwischen dem 15. Juni und 15. August 2010 wurde auf [www.aufbruch.bayern.de](http://www.aufbruch.bayern.de) ein öffentlicher Online-Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaats Bayerns und der Bayerischen Staatsregierung angeboten. Hier konnten die Bürgerinnen und Bürger Ihre Ideen, Vorschläge und Ideen zu den drei Rubriken "Familie", "Bildung" und "Innovation" einreichen und mit den anderen Teilnehmern diskutieren.

Die besten Beiträge werden im Ministerrat diskutiert, mit Blick auf Ihre



Freistaat Bayern  
Vorschlagswesen

leitbilddiskussion frankenberg

Login

E-Mail Adresse  Passwort

Jetzt Registrieren

Aktuelle Position

Sie sind hier:  
► Stadt Frankenberg  
► Leitbilddiskussion

Informationen

Planzungsstand  
Erfahren Sie mehr über die Leitbildbereitstellungen in Frankenberg

Informationen zur Teilnahme  
So können Sie teilnehmen

So gehts  
Anleitung zur Leitbilddiskussion

Statistik

Das Projekt wurde am 07.08.2012 geändert  
44 angemeldete Nutzer  
Es liegen 31 Vorschläge vor  
Es liegen 27 Kommentare vor  
Es liegen 51 Bewertungen vor

Melden Sie sich jetzt an, um einen eigenen Vorschlag zu schreiben!

Vorschlag #31: Eingestellt von gOpinie am 10.09.2012

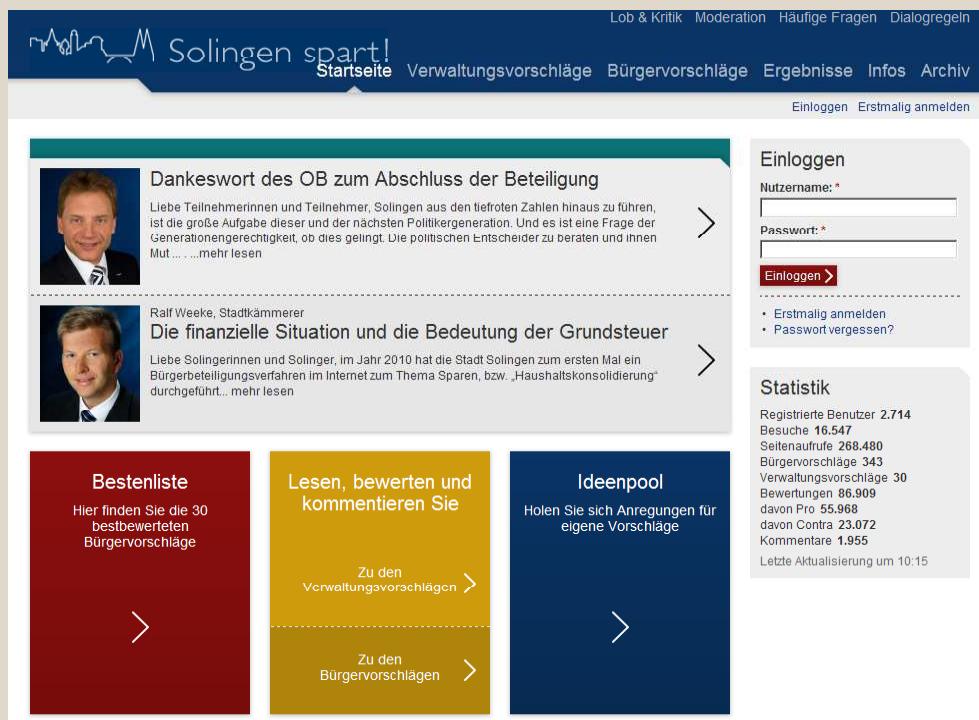
Bewertung ★★★★★

Ausstehende Ziele und Maßnahmen aus der

Frankenberg  
Leitbilddiskussion

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

### B) Diskursive Verfahren der e-Partizipation



**Solingen spart!**

Lob & Kritik Moderation Häufige Fragen Dialogregeln  
 Startseite Verwaltungsvorschläge Bürgervorschläge Ergebnisse Infos Archiv  
 Einloggen Erstmalig anmelden

Dankeswort des OB zum Abschluss der Beteiligung  
 Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Solingen aus den tiefroten Zahlen hinaus zu führen, ist die große Aufgabe dieser und der nächsten Politikgeneration. Und es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, ob dies gelingt. Die politischen Entscheider zu beraten und ihnen Mut... mehr lesen

Ralf Weeke, Stadtkämmerer  
**Die finanzielle Situation und die Bedeutung der Grundsteuer**  
 Liebe Solingerinnen und Solinger, im Jahr 2010 hat die Stadt Solingen zum ersten Mal ein Bürgerbeteiligungsverfahren im Internet zum Thema Sparen, bzw. „Haushaltkskonsolidierung“ durchgeführt... mehr lesen

**Bestenliste**  
 Hier finden Sie die 30 bestbewerteten Bürgervorschläge  
 >

**Lesen, bewerten und kommentieren Sie**  
 Zu den Verwaltungsvorschlägen >  
 Zu den Bürgervorschlägen >

**Ideenpool**  
 Holen Sie sich Anregungen für eigene Vorschläge  
 >

**Solingen**

**Konsolidierungsverfahren**



**Neugestaltung des Hamburger Domplatzes**

Hilfe Wer wir sind Spielregeln Das Projekt RSS  
 Hamburg

Home Gestaltung Hintergrund Infothek  
 Beiträge Postfach Profil

Benutzername  
 Kennwort  
 Login  
 Erstmalig anmelden!  
 Liste aller Teilnehmer

**Aktuelle Foren**

Name	Neue Beiträge	Aktivität
Hauptforum	0	
Lob und Kritik	0	

News

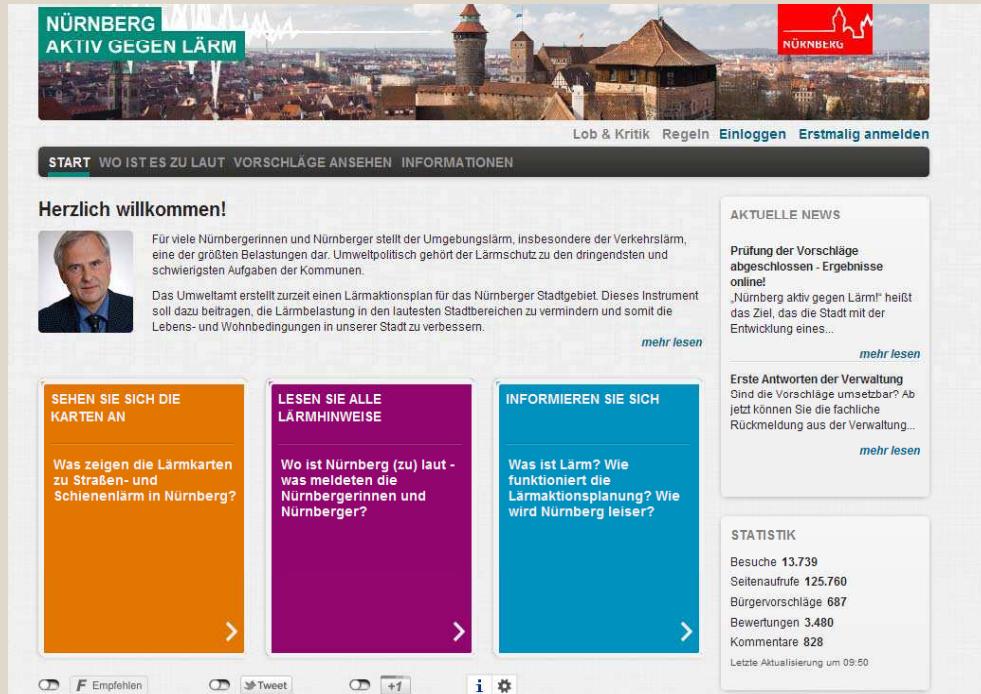
**Suche**  
 Erweiterte Suche

**Hamburg**

**Stadtentwicklung**

## 2. Begriffsbestimmung und Formen der e-Partizipation

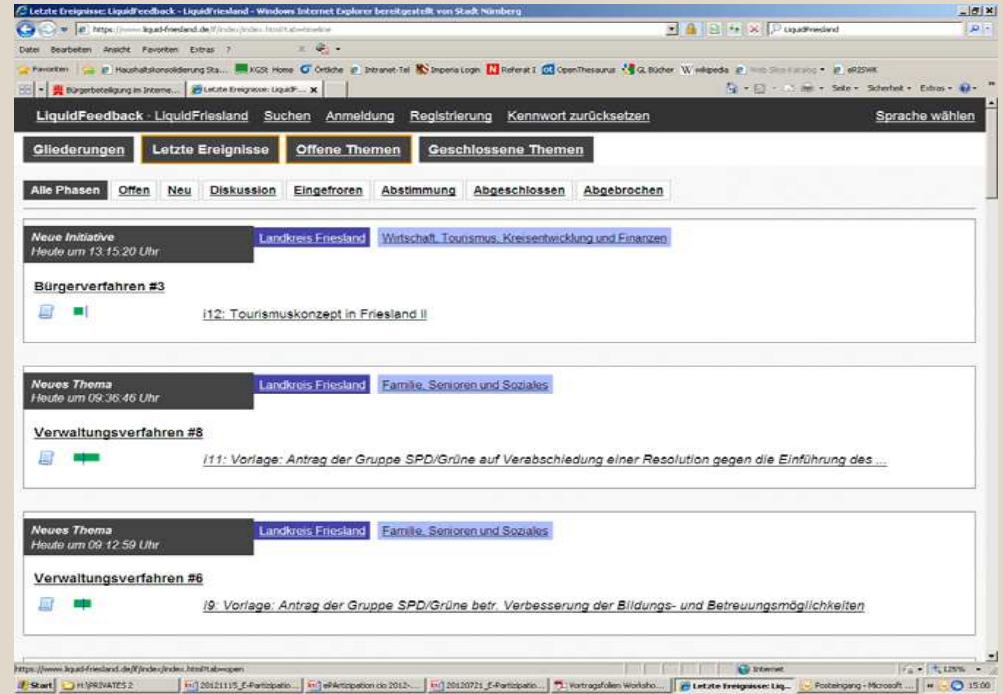
### B) Diskursive Verfahren der e-Partizipation



The screenshot shows the homepage of the "Nürnberg AKTIV GEGEN LÄRM" website. It features a banner with the city skyline and the text "NÜRNBERG AKTIV GEGEN LÄRM". The main menu includes "START", "WO IST ES ZU LAUT", "VORSCHLÄGE ANSEHEN", and "INFORMATIONEN". A welcome message from a mayor is displayed, followed by three call-to-action boxes: "SEHEN SIE SICH DIE KARTEN AN", "LESEN SIE ALLE LÄRMINHINWEISE", and "INFORMIEREN SIE SICH". A news section titled "AKTUELLE NEWS" contains a summary of a noise reduction plan. A statistics box shows 13,739 visits and 125,760 page views. Social sharing icons for Empfehlen, Tweet, and Like are at the bottom.

Nürnberg

Lärmaktionsplanung



The screenshot shows the "LiquidFeedback - LiquidFriesland" platform. The top navigation bar includes "Gliederungen", "Letzte Ereignisse", "Offene Themen", and "Geschlossene Themen". Below are tabs for "Alle Phasen", "Offen", "Neu", "Diskussion", "Eingeferoren", "Abstimmung", "Abgeschlossen", and "Abgebrochen". The main content area displays several "Neues Thema" entries, such as "LiquidFriesland", "Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen", "Bürgerverfahren #3", "i12: Tourismuskonzept in Friesland II", "Verwaltungsverfahren #8", "i11: Vorlage: Antrag der Gruppe SPD/Grüne auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Einführung des ...", and "Verwaltungsverfahren #6", "i9: Vorlage: Antrag der Gruppe SPD/Grüne betr. Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten". The status bar at the bottom shows the URL "https://www.liquid-friesland.de/index/index.html#abreissen" and the date "15.06.2012".

Landkreis Friesland

Bürgerantragsverfahren

# 3. Nutzen von e-Partizipation

## 3.1) Grundsätzlicher Nutzen von Partizipationsverfahren (1)

(Elektronische) Bürgerbeteiligung kann im Kern dabei helfen, ...

- Erfahrungswissen der Bevölkerung aufzunehmen
- Problemlagen der verschiedenen Adressatengruppen besser zu verstehen und einzubeziehen
- Interessen und Sichtweisen aller Beteiligten transparent zu machen und besser darauf eingehen zu können
- Eine „Repräsentativität der Interessenlagen“ herzustellen
- Angemessene, akzeptierte und innovative Lösungswege zu finden
- Alternativen aus verschiedenen Blickwinkeln und Kontexten heraus beurteilen zu lassen
- Umsetzungshürden und -möglichkeiten zu identifizieren und einzuplanen
- Wahrnehmung und Relevanz eines Vorhabens in der Öffentlichkeit zu steigern
- Spätere Interventionen durch frühzeitige Einbeziehung zu vermeiden

# 3. Nutzen von e-Partizipation

## 3.1) Grundsätzlicher Nutzen von Partizipationsverfahren (2)

(Elektronische) Bürgerbeteiligung kann im Kern dabei helfen, ...

- Das Verständnis für die Komplexität politischer Aushandlungsprozesse zu fördern
- Demokratie und Bürgernähe zu fördern
- Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken
- Positionen und Präferenzen festzustellen und festgefaßte Debatten zu überwinden
- Akzeptanz für notwendige Maßnahmen fördern

### Zusammenfassung des Nutzens aus Sicht der Verwaltung:

Die (elektronische) Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kann zu einer inhaltlichen Verbesserung und Versachlichung eines angestrebten Verfahrens sowie zu einer verbesserten Legitimierung von Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen beitragen.

# 3. Nutzen von e-Partizipation

## 3.2) Nutzen von Partizipationsverfahren via Internet – die „e“-Komponente

Eine **elektronische** Bürgerbeteiligung, sprich unter Nutzung des Kommunikationskanals „Internet“, bringt zusätzlich folgende Vorteile mit sich:

- Direkte und medienbruchfreie Stellungnahmen sind möglich
- Stärkere Orts- und Zeitunabhängigkeit in der Diskussion unter den Beteiligten und mit der Behörde
- Durch die Teilnehmer selbst unterstützte Auswertung möglich (medienbruchfrei, computergestützt)
- Vereinfachung der Bekanntmachung von Ergebnissen
- Hohe Sichtbarkeit und Transparenz der Diskussion und Ergebnisse
- Einfachere und transparentere Dokumentation des (späteren) Umsetzungsprozesses
- Diskussionen zu städtischen Vorhaben - mit einem gewissen Grad an Brisanz - werden ohnehin im Internet diskutiert. Mittels e-Partizipationsverfahren kann es gelingen, die Diskussionen auf eine städtischen Plattform zu verlagern und durch Moderation in „geordnete Bahnen zu lenken“

### 3. Grenzen von e-Partizipation

#### 3.3) Grenzen von e-Partizipationsverfahren

Folgende Aspekte werden mitunter gegen eine (elektronische) Bürgerbeteiligung ins Feld geführt:

- e-Partizipation ist inder Regel nicht repräsentativ
- Politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen werden kaum erreicht
- Durch e-Partizipation verliert Politik an Einfluss und Macht
- e-Partizipation artet zu reinen Wunschkonzertenaus, durch die Verwaltung und Politik belastet werden
- Beteiligungsangebote überfordern die Bürgerschaft – diese sind nicht in der Lage, verwertbare Vorschläge zu machen
- e-Partizipation wird durch organisierte Gruppen missbraucht
- Elektronische Beteiligungsverfahren überlasten das Zeitbudget der Politik und Verwaltung
- Gefahr der Überflutung mit Informationen, die Verwaltung und Politik nicht verarbeiten können

# 3. Grenzen von e-Partizipation

## 3.3) Grenzen von e-Partizipationsverfahren

Zu den aufgeführten Bedenken ist folgendes zu bemerken:

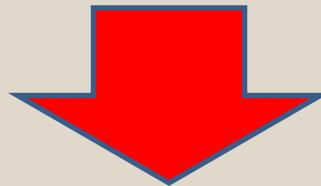
- Durch ergänzende Verfahren (z.B. schriftliche Umfrage) kann das angedachte Beteiligungsverfahren repräsentativ ausgestaltet werden. Dabei ist allerdings eine sorgfältige Abwägung von Aufwand und Ertrag vorzunehmen. Grundsätzlich sei nochmals angemerkt: e-Partizipationsverfahren sind ein Beteiligungs- und kein Abstimmungsinstrument. e-Partizipationsverfahren bieten also vornehmlich die Möglichkeit einer niedrigschweligen Diskussionsteilnahme und sind grundsätzlich als offene, frei zugängliche Verfahren, basierend auf einer Zufallsauswahl (nämlich der Teilnehmer an dem ePa-Verfahren) ausgelegt.
- e-Partizipationsverfahren können durch Vor-Ort-Veranstaltungen flankiert und ergänzt werden, um z.B. auch internetferneren Bevölkerungsschichten eine Teilnahme zu ermöglichen. Je nach Komplexität und Bedeutung der Thematik können zudem öffentliche Beteiligungsterminals aufgestellt werden (z.B. in der Stadtbibliothek).
- Ein Missbrauch der bereitgestellten Beteiligungsplattform im Internet durch organisierte Gruppen ist nicht völlig auszuschließen. Das gleiche Verhalten findet sich jedoch auch im „offline-Beteiligungsbereich“, z.B. bei Bürgerversammlungen. Einzelinteressen kommen jedoch bei einer vergleichsweise höheren Beteiligung im Internet nicht so stark zum Tragen („Vernunft der Masse“), was wiederum für ePa-Verfahren spricht.
- e-Partizipationsangebote sollten so ausgestaltet werden, dass das gewählte Verfahren die Beteiligten (Bürger und Verwaltung) nicht überfordert. Es sollten vielmehr realistische Zielsetzungen formuliert und transparent gemacht werden.

### 3. Nutzen und Grenzen von e-Partizipation

#### 3.4) e-Partizipationsverfahren als Abwägungsprozess zwischen Nutzen und Grenzen

##### Fazit:

Die Wahl der Beteiligungsmethode sollte immer als ein Abwägungsprozess zwischen den jeweiligen Vor- und Nachteilen erfolgen. e-Partizipationsangebote sind kein Allheilmittel gegen Politikverdruss und für adäquate Problemlösungen. Nichtsdestotrotz bieten sie mitunter gewichtige Nutzenvorteile und sollten als Ergänzung zur konventionellen Bürgerbeteiligung verstärkt zum Einsatz kommen.



Die nachstehend aufgeführte Checkliste zur Identifikation zielführender e-Partizipationsbereiche soll Ihnen helfen, in einem ersten Schritt zu eruieren, ob sich Ihr angedachtes Vorhaben für eine ePa-Durchführung eignet. Der stadtinternen Dienstleister e-Partizipation ist gerne behilflich.

## 4. Checkliste: Prüfung des eigenen Vorhabens auf ePa-Eignung

### 4.1 Warum diese ePa-Checkliste?

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, die für ihre Beteiligung Zeit investieren, ist es von zentraler Bedeutung, dass durch solche Beteiligungsangebote eine reale Chance geboten wird, den fachlichen Abwägungsprozess im Rahmen des laufenden Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsverfahrens durch ihre Beiträge inhaltlich zu beeinflussen. Zudem muss eine ePa (Haushalt, Stadtplanung, Stadtentwicklungsplanung, usw.) grundsätzlich sowohl mit fachlichem Know-how unterfüttert sein (z.B. in Form von Planungsalternativen) als auch über ausreichende Ressourcenausstattung verfügen (dies variiert freilich je nach Größe der intendierten ePa). Insofern soll die vorliegende Checkliste Hilfestellung bei der Beantwortung der Frage leisten, ob das eigene, angedachte Verfahren sich für die Durchführung einer ePa eignet.



# 4. Checkliste: Prüfung des eigenen Vorhabens auf ePa-Eignung

## 4.2 Struktur der ePa-Checkliste:

Die ePa-Checkliste umfasst drei Teile. Die gesamte ePa-Checkliste finden Sie im Anhang dieses Leitfadens. Teil 1, die sog. „Stopp-Liste“, ist zudem auf der nachstehenden Folie aufgeführt.

### 1. Die „Stopp-Liste“:

Mit den Stopp-Kriterien wird grundsätzlich geklärt, ob eine Bürgerbeteiligung überhaupt durchgeführt werden könnte. Wird eine der Fragen der Stopp-Liste mit „Nein“ beantwortet, ist die Durchführung eines e-partizipativen Verfahrens nicht sinnvoll und daher abzulehnen. Werden hingegen alle Fragen mit „Ja“ beantwortet, sind die zentralen Rahmenbedingungen für eine weitere Vorbereitung und Planung erfüllt. Die Stopp-Liste finden Sie auf der nachfolgenden Seite.

### 2. Die „Antragsliste“

Mit der „Antragsliste“ sollen die Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und erste grobe Anforderungen für die spätere konzeptionelle Planung des angedachten ePa-Verfahrens erhoben werden. Sie brauchen nur dann beantwortet zu werden, wenn unter Teil 1 (Stopp-Liste) alle Fragen mit „Ja“ beantwortet wurden. Sie münden in den Antragsprozess und dienen insbesondere einer ersten Eignungsanalyse.

### 3. Die „Verfahrensliste“:

Die Aussagen und Bewertungen dieser Liste dienen der eigentlichen, konzeptionellen Planung und Vorbereitung des ePa-Verfahrens. Durch sie werden konkrete Rahmenbedingungen für die sich anschließende, feinkonzeptionelle Ausgestaltung ermittelt.

## 4. Checkliste: Prüfung des eigenen Vorhabens auf ePa-Eignung

### 4.3 Verfahrenshinweise zur Abarbeitung der ePa-Checkliste:

#### Stopp-Liste

- Die Stopp-Liste ist eigenständig durch den ePa-Interessenten auszufüllen.

#### Antragsliste

- Die Antragsliste ist mit dem stadtinternen Dienstleister ePa zu diskutieren und dient einer ersten fundierten ePa-Eignungsprüfung.

#### Verfahrensliste

- Die Abarbeitung der Verfahrensliste erfolgt zusammen mit dem stadtinternen Dienstleister ePa, nach Einholung des politischen „Go“, und dient der konzeptionellen Planung des intendierten ePa-Verfahrens.

# 4. Checkliste: Prüfung des eigenen Vorhabens auf ePa-Eignung

## 4.4 Die „Stopp-Liste“:



**Die ‚Antragsliste‘ und die ‚Verfahrensliste‘ finden Sie im Anhang des Leitfadens.**

Fragen		Erläuterung	Ja	Nein
I.1	Ist der Prozess legitimiert?	Handelt es sich um ein Thema, das im Hoheitsbereich der Kommune liegt? Hat die Kommune hier Einfluss- und Gestaltungsmacht?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.2	Ist der Prozess resonanzfähig für eine Bürgerbeteiligung?	Liegt überhaupt aus fachlicher Sicht Spielraum vor, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen? Gibt es fachliche Planungsalternativen oder innerhalb einer bereits ausgearbeiteten Planung Spielräume zur Einflussnahme?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.3	Besteht Dialogbereitschaft aufseiten der Verwaltung?	Unabhängig von fachlichen Spielräumen: Besteht auf Seiten der Verwaltung überhaupt Dialogbereitschaft im Rahmen des Vorhabens, schließlich fungiert die Verwaltung hier nicht nur als Verfahrensanbieter für die Bürger sondern auch als fachlicher Dialogpartner?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.4	Werden der Bürgerbeteiligung Spielräume vonseiten der Politik zugestanden?	Gibt es ein verbindliches Signal aus der Politik, dass die Bürgerbeteiligung gewünscht und die Ergebnisse (direkt oder vermittelt durch die Verwaltung) in den Abwägungs- und Entscheidungsprozess einbezogen werden? Oder kann damit gerechnet werden, dieses verbindliche Signal durch die Politik noch zu erhalten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.5	Gibt es ausreichende Zeitressourcen?	Gibt es überhaupt ein Beteiligungsfenster im Gesamtverfahren, um die Bürger/innen rechtzeitig zu beteiligen? Liegen die Ergebnisse der Beteiligung mit Blick auf das Gesamtverfahren rechtzeitig vor, sodass sie in den Abwägungs- und Entscheidungsprozess noch ausreichend berücksichtigt werden könnten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

# 5. Umsetzungsstandards für ePa-Verfahren

- 5.1 Rollenstruktur bei der Durchführung eines ePa-Verfahrens
- 5.2 Der stadtinterne Dienstleister e-Partizipation (SiDePa)
- 5.3 Akteursbetrachtung: An ePa's beteiligte Verwaltungseinheiten
- 5.4 Darstellung des ePa-Workflows (Planung, Durchführung und Auswertung)



# 5.1 Rollenstruktur bei ePa-Verfahren

## stadtinterner Dienstleister e-Partizipation

- ePa-Ansprechpartner stadtweit
- Bündelung des ePa-Prozesswissens
- Qualitätssicherung des Verfahrens, Übernahme der Rollenverwaltung
- Unterstützt die Fachämter bei der Planung und Durchführung der intendierten ePa-Verfahren
- Betrieb und ggf. Erweiterung der technischen Infrastruktur

→ Ausführliche Rollenbeschreibung Folie 28

## Geschäftsbereiche als Anwender und Kunden

- Fachämter treten als „Nachfrager“ auf, legitimiert durch die Politik
- Erwerben als Leistung die Unterstützung bei Planung und Durchführung des ePa-Vorhabens (vom stadtinternen Dienstleister ePa)
- Inhaltliche Federführung während des Verfahrens
- Zusammenarbeit in Konzeption des ePa-Verfahrens mit dem stadtinternen Dienstleister ePa
- Insbesondere bei der Auswertung federführend
- Redaktionelle Betreuung des Beteiligungsverfahrens

## Fachkreis e-Partizipation

- Beteiligung von Mitarbeitern aus anderen Ämtern mitunter nötig
- Hierfür optional: Bildung eines themenspezifischen Fachkreises
- Benennung eines Ansprechpartners je beteiligter Dienststelle
- Leitung des ePa-Fachkreises durch die initierende Dienststelle

## Moderation des Verfahrens

- Professionelle Online-Moderation, zumeist durch externen Zukauf
- Begleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch den stadtinternen Dienstleister ePa
- Moderation achtet auf: Einhaltung der „Spielregeln“, Vermittlung des „Gefühls der Bedeutung“, Eindämmung von Eskalationen, Steuerung der Einseitigkeit in Argumentationen (Vorteil einer externen Moderation)

## e-Partizipations- beirat

- Übergeordnetes Gremium zur Begleitung des gesamten ePa-Verfahrens
- Setzt sich zusammen, sobald ein Fachamt eine ePa anstrebt
- Besteht aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteien, Verbänden, etc.
- Beratende und berichtende Einheit für die Politik

## Steuerungskreis e-Partizipation

- Im Steuerungskreis jährliche Abfrage des ePa-Bedarfs in den Referaten
- Sichert die Verbreitung des ePa-Gedankens in der Stadt
- Fungiert als ePa-„Think Tank“
- Tagt regelmäßig und unabhängig von laufenden ePa-Verfahren
- Gewährleistet die übergeordnete Abstimmung bei (großen) ePa-Verfahren
- Priorisiert ePa-Verfahren auf Grundlage der Vorlage des stadtinternen Dienstleister ePa; richtet Vorschlag an die Politik

} Optionaler Ausbauschritt in der Rollenstruktur des Nürnberger ePa-Leitfadens; gegenwärtig noch nicht angedacht!

## 5.2 Der stadtinterne Dienstleister e-Partizipation (SiDePa)

Dem stadtinternen Dienstleister e-Partizipation kommt bei der Durchführung elektronischer Bürgerbeteiligung eine tragende Bedeutung zu. Nachstehend soll diese Rolle daher vertiefend dargestellt werden.

### **Wesentliche Aufgaben des stadtinternen Dienstleister e-Partizipation:**

- Unterstützung der Fachämter bei Planung und Durchführung von ePa-Verfahren
- Unterstützung der Fachämter bei der Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit für das ePa-Verfahren
- Unterstützung der Fachämter bei der Auswertung der Ergebnisse des ePa-Verfahrens
- Integration des Beteiligungsinstruments der e-Partizipation in den Beteiligungskanon der Stadtverwaltung
- Fortschreibung und Pflege des ePa-Leitfadens
- Betrieb und ggf. Erweiterung der technischen Infrastruktur
- Geschäftsführung des ePa-Steuerungskreises
- Bündelung des ePa-Fachwissens
- Beantragung der Haushaltsmittel für ePa-Verfahren in enger Abstimmung mit dem ePa-Steuerungskreis
- Evtl. Mitwirkung an den jeweiligen Fachkreisen e-Partizipation

### **Ständige Einheiten des stadtinternen Dienstleister e-Partizipation:**

- OrgA/EGB
- OgA/IuK
- Pr

## 5.3 Akteursbetrachtung: An ePa's beteiligte Verwaltungseinheiten

### stadtinterner Dienstleister e-Partizipation

- OrgA/EGB
- OrgA/IuK
- Pr

### Steuerungskreis e-Partizipation

- Vertreter aller Geschäftsbereiche
- Zusätzlich:
- OrgA/EGB
  - OrgA/IuK
  - StA
  - Pr

## 5.4 Darstellung des ePa-Workflows

### 3 Phasen des ePa-Workflows:

Phase (1): Grundsatzentscheidung: ePa-Verfahren ja/nein

Phase (2): Planung und Durchführung des ePa-Verfahrens

Phase (3): Auswertung der Ergebnisse und Rechenschaftslegung



## 5.4 Darstellung des ePa-Workflows

**Phase (1): Grundsatzentscheidung: ePa-Verfahren ja/nein**

### **Verfahrensschritte:**

1. Beantragung auf Durchführung: Entweder durch den Stadtrat oder den jeweiligen Geschäftsbereich  
Kernfrage, die sich der Beantragende stellen sollte: Ist das Vorhaben für eine ePa geeignet?

→ Siehe „Stopp-Liste“ in Teil 4.4 des Leitfadens

2. Nach der „Stopp-Liste“: Szenario A: Beendigung des Ansinnens auf Durchführung der ePa  
Szenario B: Antrag an den stadtinternen Dienstleister ePa auf detaillierte  
ePa-Eignungsanalyse

3. Im Fall Szenario B:  
stadtinterner Dienstleister ePa führt (zusammen mit dem Antragssteller) auf Grundlage  
der „Antrags-Liste“ eine ePa-Eignungsanalyse durch (Prüfung der Rahmenbedingungen,  
technische und organisatorische Machbarkeit, aber keine politische Bewertung!)



## 5.4 Darstellung des ePa-Workflows

**Phase (1): Grundsatzentscheidung: ePa-Verfahren ja/nein**

### **Verfahrensschritte:**

4. Abwägung des ePa-Steuerungskreises, ob eine Eignung auf Grundlage der „Antrags-Liste“ als gegeben anzusehen ist
5. Mit der Empfehlung des ePa-Steuerungskreises stellt der Geschäftsbereich den eigentlichen Antrag an den Stadtrat (oder einen seiner Ausschüsse);  
Inhalt: Kernelemente und Zielstellung des angedachten ePa-Verfahrens
6. Beschluss des Stadtrats zur Durchführung des ePa-Verfahrens
7. Kick-Off zwischen stadtinternen Dienstleister ePa und der Dienststelle: Meilensteine, Geschäftsordnung, etc.

## 5.4 Darstellung des ePa-Workflows

### Phase (2): Planung und Durchführung des ePa-Verfahrens

#### Verfahrensschritte:

- Entwicklung einer Feinplanung auf Grundlage der „Verfahrens-Liste“:
  - ✓ Erstellung eines Projektstrukturplans: stadtinterner Dienstleister ePa, Dienststelle und ggf. externe Berater
  - ✓ Auswahl des geeigneten und notwendigen ePa-Moduls („Modul Bürgerhaushalt“, „Modul Stadtplanung“, etc.)
  - ✓ Anpassung und Test der Plattform für das angedachte ePa-Verfahren
  - ✓ Kommunikationsstrategie festlegen (Erarbeitung zusammen mit dem stadtinternen Dienstleister ePa)
  - ✓ Bei Bedarf: „Fachkreise e-Partizipation“ konstituieren und Schnittstellenaspekte des Inhalts des ePa-Verfahrens klären
- Start der Online-Beteiligungsphase (mit „BigBang“→ Auftaktveranstaltung, Pressekonferenz, etc.)
- 3-5 Wochen Beteiligungsphase:
  - ✓ Laufende Betreuung des Verfahrens durch eine zu bildende Fachredaktion. Die Fachredaktion ist fachlicher Ansprechpartner für die externe Moderation, gewährleistet eine einheitliche Beantwortung eingehender Fachfragen und verantwortet stadtseitig das Projekt
  - ✓ Während der Beteiligungsphase ist eine enge Abstimmung zwischen Moderation und Fachredaktion essentiell
  - ✓ Die externe Moderation achtet auf die Einhaltung der Spielregeln und wirkt deeskalierend, während die Fachredaktion fachlich/organisatorisch wirkt
- Unmittelbar nach Abschluss der Beteiligungsphase: Aufbereitung der Ergebnisse auf der ePa-Plattform

## 5.4 Darstellung des ePa-Workflows

### Phase (3): Auswertung der Ergebnisse und Rechenschaftslegung

Die Auswertung und ihre Darstellung ist genauso wichtig für den Erfolg der ePa wie die eigentliche Beteiligungsphase.

#### Verfahrensschritte:

- Auswertung der Bürgereingaben erfolgt durch den initiiierenden Geschäftsbereich:
  - ✓ Einholung und Bündelung von Expertenmeinungen zu den Bürgereingaben
  - ✓ Kommentierung der Vorschläge
  - ✓ Einbringung der TOP X in die politischen Gremien
  - ✓ Offizielle Abschlussveranstaltung
- stadtinterner Dienstleister ePa wertet Feedback-Modul aus und legt dieses dem Steuerungskreis vor
- Weitere Verfahrensschritte:
  - ✓ Entscheidung über anzunehmende und abzulehnende Vorschläge durch den Stadtrat herbeiführen
  - ✓ Veröffentlichung der Stellungnahmen der Politik und der Verwaltung zu den Bürgereingaben
  - ✓ Laufende, aktuelle Information über Umsetzungsschritte während des gesamten Projektverlaufes
  - ✓ Auftraggeber legt nach x Monaten (individuell zu definieren) Rechenschaft darüber ab, was seit der Beteiligungsphase umgesetzt wurde

# 6. Erfolgsfaktoren für ePa-Verfahren



Quelle: Hochschule Harz/MATERNA GmbH (2011): E-Partizipation in der öffentlichen Verwaltung sowie Bayerischer Städtetag, Folgerungen zur E-Partizipation

- **Transparenz und Offenheit:** Transparenz und Offenheit sind sowohl Ziele als auch grundlegende Aspekte des gesamten Partizipationsgedankens. Rechtzeitige und umfassende Informationen über Inhalte, Verfahrensstände etc. erwirken das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in entsprechende Beteiligungsformen und garantieren so eine erfolgreiche Umsetzung. Auf eine einfache Sprache ist dabei zu achten.
- **Zugang und Einfachheit für Zielgruppen:** Da Repräsentativität und Qualität der Beiträge immer auch als zentrale Hemmnisfaktoren genannt werden, ist es wichtig, im Vorfeld Informationen zu den Zielen zu geben und die Ansprache der Bevölkerung möglichst einfach und klar zu formulieren.
- **Sicherheit und Verlässlichkeit:** Sicherheitsaspekte und Verlässlichkeit, dass Daten vertrauenswürdig behandelt werden, sind wesentliche Faktoren für eine erfolgreiche e-Partizipation. Dass die veröffentlichten Meinungen und Auffassungen auf der e-Partizipation-Plattform durch einen hohen datenschutzrechtlichen Standards gesichert sind, muss in der Kommunikationsstrategie unbedingt berücksichtigt werden.
- **Beteiligungsmix zielführend:** Um eine breite Öffentlichkeit einzubeziehen, sind verschiedene Beteiligungskanäle ein wichtiger Erfolgsfaktor. Nur wenn die Beteiligungen nicht nur über digitale Medien erfolgen, ist eine ausreichende Repräsentativität herzustellen. Es ist also ein ganzheitlicher Partizipationsansatz zu wählen.
- **Wirtschaftlichkeit und Aufwand:** e-Partizipationsverfahren verursachen im Verwaltungsalltag Aufwände. Diese sind frühzeitig einzuplanen und realistisch abzuschätzen.
- **Attraktivität und Interesse:** Wenn die Inhalte des angedachten Verfahrens den Bürger kaum interessieren oder nicht im Mittelpunkt lokaler oder regionaler Diskussion stehen, wird man kaum ein großes Interesse erwarten können. Attraktivität und interessierte Bürger sind somit weitere wichtige Erfolgsfaktoren.

# 6. Erfolgsfaktoren für ePa-Verfahren

Quelle: Hochschule Harz/MATERNA GmbH (2011): E-Partizipation in der öffentlichen Verwaltung sowie Bayerischer Städtetag, Folgerungen zur E-Partizipation

- **Frühzeitig beginnen:** Eine Beteiligung sollte frühzeitig erfolgen, bevor formelle Verfahren stattfinden und bevor Vorhaben so konkretisiert sind, dass Alternativen ausscheiden.
- **Verantwortlichkeit des Rates betonen:** Die Stadtverwaltung sollte deutlich machen, dass Ratsmitglieder und Bürgermeister über eine Legitimation durch allgemeine Wahlen verfügen. Sie haben auch bei e-Partizipationsverfahren die endgültige Entscheidung zu treffen. Dies gilt es in der Kommunikation stets zu betonen.
- **Sagen, was geht und was nicht geht:** Es sollte klar aufgezeigt werden, in welcher Phase sich ein Projekt befindet, welche Entscheidungen bereits getroffen wurden und welche Entscheidungsspielräume noch bestehen. Der rechtliche Rahmen und die Grenzen der Einflussnahme sollten kommuniziert werden.





Stadt Nürnberg  
Amt für Organisation,  
Informationsverarbeitung  
und Zentrale Dienste  
E-Government-Büro

Rathausplatz 2  
90402 Nürnberg

Stadtinterner Dienstleister e-Partizipation  
+49 (0)9 11 / 2 31-86 13  
<http://www.nuernberg.de>

# Checkliste ePa-Verfahren der Stadt Nürnberg

## Inhalt

Teil I Stopp-Liste - Kann ein ePa-Verfahren durchgeführt werden?	1
Teil II Antragsliste - Fragenkatalog zum ePa-Verfahren	2
Teil III Verfahrensliste - Checkliste zur Verfahrensplanung	4

## **Teil I: „Stopp-Liste“ - Kann ein ePa-Verfahren durchgeführt werden?**

Mit den folgenden Fragen wird grundsätzlich geklärt, ob eine Bürgerbeteiligung überhaupt durchgeführt werden könnte. Wird einer der folgenden Fragen mit „Nein“ beantwortet, ist die Bereitstellung eines e-partizipativen Verfahrens (ePa-Verfahren) nicht sinnvoll und daher abzulehnen. Werden hingegen alle Fragen mit „Ja“ beantwortet, sind die zentralsten Rahmenbedingungen für eine weitere Vorbereitung und Planung erfüllt.

Fragen		Erläuterung	Ja	Nein
I.1	Ist der Prozess legitimiert?	Handelt es sich um ein Thema, das im Hoheitsbereich der Kommune liegt? Hat die Kommune hier Einfluss- und Gestaltungsmacht?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.2	Ist der Prozess resonanzfähig für eine Bürgerbeteiligung?	Liegt überhaupt aus fachlicher Sicht Spielraum vor, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen? Gibt es fachliche Planungsalternativen oder innerhalb einer bereits ausgearbeiteten Planung Spielräume zur Einflussnahme?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.3	Besteht Dialogbereitschaft aufseiten der Verwaltung?	Unabhängig von fachlichen Spielräumen: Besteht auf Seiten der Verwaltung überhaupt Dialogbereitschaft im Rahmen des Vorhabens, schließlich fungiert die Verwaltung hier nicht nur als Verfahrensanbieter für die Bürger sondern auch als fachlicher Dialogpartner?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.4	Werden der Bürgerbeteiligung Spielräume vonseiten der Politik zugestanden?	Gibt es ein verbindliches Signal aus der Politik, dass die Bürgerbeteiligung gewünscht und die Ergebnisse (direkt oder vermittelt durch die Verwaltung) in den Abwägungs- und Entscheidungsprozess einbezogen werden? Oder kann damit gerechnet werden, dieses verbindliche Signal durch die Politik noch zu erhalten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I.5	Gibt es ausreichende Zeitressourcen?	Gibt es überhaupt ein Beteiligungsfenster im Gesamtverfahren, um die Bürger/innen rechtzeitig zu beteiligen? Lagen die Ergebnisse der Beteiligung mit Blick auf das Gesamtverfahren rechtzeitig vor, so dass sie in den Abwägungs- und Entscheidungsprozess noch ausreichend berücksichtigt werden könnten?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## **Teil II: „Antragsliste“ - Fragenkatalog zum ePa-Verfahren**

Mit den folgenden Aussagen und Fragen sollen die Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und erste grobe Anforderungen für die spätere konzeptuelle Planung des ePa-Verfahrens erhoben werden. Sie brauchen nur dann beantwortet zu werden, wenn unter Teil I alle Fragen mit „Ja“ beantwortet wurden. Sie dienen für den weiteren Antragsprozess mit und für den stadtinternen Dienstleister e-Partizipation (vgl. Leitfaden 5.1. „Rollenstruktur bei ePa-Verfahren“), insbesondere der ersten Eignungsanalyse.

Fragen		Ihre Antworten		
<b>– A: Allgemeine Rahmenbedingungen –</b>				
II.A.1	Was passierte bislang in Sachen Beteiligung? Wie gestaltet sich die Historie des Verfahrens? Welche Prozess-, Planungs- und/oder Konfliktgeschichte liegt bereits vor?	weiß nicht: <input type="checkbox"/> Erläuterung:		
II.A.2	Auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger besteht großes Interesse an dem Beteiligungsthema. Welche Gründe sprechen dafür (oder dagegen)?	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/> weiß nicht: <input type="checkbox"/>	Gründe:	
II.A.3	Was soll mit den Ergebnissen geschehen bzw. bewegt werden und was nicht?	weiß nicht: <input type="checkbox"/> Erläuterung:		
II.A.4	Was sind die genauen Zielsetzungen der Bürgerbeteiligung?	weiß nicht: <input type="checkbox"/> Erläuterung:		
II.A.5	Eine Synchronisierung des Beteiligungsprozesses ist in all seinen Phasen mit dem betreffenden Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozess möglich! <sup>1</sup>	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/> weiß nicht: <input type="checkbox"/>	Erläuterung:	

<sup>1</sup> Beachtet man zum Beispiel die notwendige Vorbereitungszeit, die Beteiligungsphase(n) und -kanäle, die Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse?

Fragen	Ihre Antworten
<b>- B: Ressourcen -</b>	
II.B.1	<p>Wie gestaltet sich in groben Zügen der Projektzeitplan?</p> <p>weiß nicht: <input type="checkbox"/></p> <p>Erläuterung:</p>
II.B.2	<p>Welche personellen Ressourcen sollen für das Verfahren eingesetzt werden?</p> <p>weiß nicht: <input type="checkbox"/></p> <p>Erläuterung:</p>
II.B.3	<p>Auf Seiten der Verfahrensträger (Fachdienststelle) gibt es ausreichend Kapazitäten.<sup>2</sup> Oder alternativ können personelle Ressourcen für die Bürgerbeteiligung organisiert werden.<sup>3</sup></p> <p>trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft eher zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/></p> <p>weiß nicht: <input type="checkbox"/></p> <p>ggf. erläutern:</p>
II.B.4	<p>Es gibt Drittmittel oder Budgets der Fachdienststellen die in das Verfahren eingebracht werden könnten.</p> <p>trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft eher zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/></p> <p>trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/></p> <p>weiß nicht: <input type="checkbox"/></p> <p>Erläuterung, um welche Drittmittel / Budgets es sich handelt:</p>

<sup>2</sup> zum Beispiel für die Koordinierung eines Fachkreises e-Partizipation oder fachübergreifender Kooperation vor, während und nach der e-Partizipation.

<sup>3</sup> zum Beispiel durch Leihmitarbeiter; Budget für externe Büros; zusätzliche Stellen.

### **Teil III: „Verfahrensliste“ - Checkliste zur Verfahrensplanung**

Die Aussagen und Fragen dieser Liste und ihre jeweiligen Bewertungen beziehungsweise Antworten – sollte ein Verfahren nach Prüfung und politischen Beschluss durchgeführt werden – dienen der konzeptionellen Planung und Vorbereitungen des ePa-Verfahrens. Durch sie werden konkrete Rahmenbedingungen, Zielsetzungen, Vorgehensweisen und erste Anforderungen für eine folgende feinkonzeptionelle Planung ermittelt:

Fragen		Ihre Antworten		
<b>- A: Grundlegende Fragen zur Verfahrensvorbereitung –</b>				
III.A.1	Wer legitimiert den Prozess? Wer entscheidet über Verfahren und seine Ergebnisse?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:		
III.A.2	Warum soll beteiligt werden? Was wollen Sie von den interessierten Bürgerinnen und Bürgern bzw. Zielgruppen wissen?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:		
III.A.3	Das Thema ist für die interessierten Bürgerinnen und Bürger und/oder für die anvisierte Zielgruppe interessant. Es hat ausreichendes Potenzial, um zur Teilnahme zu motivieren! <sup>4</sup>	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/> weiß nicht: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern:	
III.A.4	Es gibt eine klare Vorstellung darüber, wie die Beteiligungsergebnisse konkret in die formaldemokratischen Entscheidungen und Prozesse eingebunden werden – die Ergebnisse haben Relevanz.	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/> weiß nicht: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern, wie die formale Einbettung realisiert werden soll oder noch weiter verbessert werden könnte:	
III.A.5	Es besteht Dialogbereitschaft von Seiten der Verwaltung und Politik (dies umfasst auch die Einbindung von Interessengruppen).	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern, unter welchen Bedingungen die Dialogbereitschaft gesichert werden könnte:	

<sup>4</sup> Führen Sie keine Bürgerbeteiligung zu einem trockenen oder abstrakten Thema durch, zu dem Bürgerinnen und Bürger keinen Bezug herstellen können!

<b>Fragen</b>		<b>Ihre Antworten</b>	
III.A.6	Ihnen stehen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung (Vorbereitung, Durchführung, Auswertung, Monitoring der Ergebnisse)?	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern, welche Ressourcenprobleme gesehen bzw. wie sie vermieden oder gemeistert werden könnten:
III.A.7	Liegen bereits Erfahrungen aus anderen Bürgerbeteiligungsverfahren vor?	Ja: <input type="checkbox"/> Nein: <input type="checkbox"/>	Falls „Ja“, welche (ggf. auch schon mit neuen Medien)?
<b>– B: Zielsetzungen und Erwartungen –</b>			
III.B.1	Welche fachlichen Zielsetzungen werden mit der Beteiligung konkret verfolgt? Welches Planungsproblem steht konkret zur Debatte?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	
III.B.2	Was versprechen Sie sich ganz konkret von der Ihnen ins Auge gefassten Bürgerbeteiligung?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	
III.B.3	Welche Zielsetzungen werden explizit <u>nicht</u> durch die von Ihnen angestrebte Beteiligung ins Auge gefasst? Oder: Was sollte keinesfalls passieren?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	
III.B.4	Welche übergeordneten, sonstigen Zielsetzungen verfolgen Sie mit der Beteiligung? <sup>5</sup>	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	

<sup>5</sup> zum Beispiel Verbesserung Dialogkultur, mehr Transparenz, Verbesserung der Legitimation und Akzeptanz einer Planung, etc.

<b>Fragen</b>		<b>Ihre Antworten</b>	
III.B.5	Die Zielsetzungen der Initiatoren (z.B. innerhalb oder zwischen der Fachverwaltung bzw. Fachpolitik) sind deckungsgleich!	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>  noch abzustimmen: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern, wo unterschiedliche Ziele vorliegen, damit diese – ggf. widersprüchliche Zielsetzungen – konzeptionell berücksichtigt werden können:
III.B.6	Welche Erwartungen werden an die elektronische Beteiligung geknüpft, also daran, dass das Internet als einziger oder zentraler Beteiligungsbaustein (neben anderen) eingesetzt werden soll?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	
<b>– C: Zielgruppen und Mobilisierungspotenzial –</b>			
III.C.1	Werden neben den interessierten Bürgerinnen und Bürgern spezielle Zielgruppen ins Auge gefasst? Gibt es Zielgruppen, die besonders wichtig sind?	ja: <input type="checkbox"/> nein: <input type="checkbox"/> weiß nicht: <input type="checkbox"/>	Falls „Ja“, welche?
III.C.2	Falls spezielle Zielgruppen: Die Zielgruppe ist/ die Zielgruppen sind über das Internet erreichbar.	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	Falls „trifft eher nicht zu“ oder „trifft ganz und gar nicht zu“, welche Zielgruppen sind dies?
III.C.3	Es kann davon ausgegangen werden, dass aufseiten der Bürgerinnen und Bürger bzw. der (zusätzlich oder exklusiv anvisierten Zielgruppen) das Interesse an dem Beteiligungsthema und der Beteiligung groß ist oder einfach geweckt werden kann. <sup>6</sup>	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	ggf. erläutern:

<sup>6</sup> Starten Sie kein Beteiligungsangebot nur um der Beteiligung willen, also ohne erkennbaren Entscheidungsspielraum oder klare und möglichst verbindliche Verwendung der Ergebnisse!

<b>Fragen</b>		<b>Ihre Antworten</b>	
III.C.4	Aus Sicht der potenziell interessierten Bevölkerung bzw. der anvisierten Zielgruppe(n) sind die Beteiligungsspielräume ausreichend. Aus Sicht der Zielgruppe(n) wird die Chance als hoch genug eingeschätzt, auf den Planungs- und Entscheidungsprozess Einfluss nehmen zu können.	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	erläutern Sie die Gründe:
III.C.5	Welche Ereignisse im Rahmen früherer Beteiligungsangebote oder im Rahmen des bisherigen Fachverfahrens könnten möglicherweise eine Bürgerbeteiligung erschweren (Konflikte, Misstrauen, schlechte Presse, etc.)?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> keine: <input type="checkbox"/> folgende Ereignisse (bitte erläutern):	
<b>– D: Fragen zur Umsetzung der Beteiligung –</b>			
III.D.1	Wann frühestens könnte mit der Beteiligung begonnen werden (...weil bis dahin z.B. ausreichende Kapazitäten für die Organisation der Beteiligung bereit stünden und/oder ...weil bis dahin noch Planungsgrundlagen für die Beteiligung erarbeitet werden müssen)?	Kalenderwoche (KW): _____ noch unklar: <input type="checkbox"/> Erläuterung:	
III.D.2	Es gibt konkrete Spielräume. Es gibt z.B. Planungsalternativen zu denen Feedback eingeholt werden kann oder innerhalb einer bereits ausgearbeiteten Planung sind Spielräume für Input aus der Bevölkerung/ von Zielgruppen vorhanden.	trifft voll und ganz zu: <input type="checkbox"/> trifft eher zu: <input type="checkbox"/> trifft eher nicht zu: <input type="checkbox"/> trifft ganz u. gar nicht zu: <input type="checkbox"/>	falls „trifft eher zu“ oder „trifft voll und ganz zu“, welche Spielräume konkret? Falls „trifft eher weniger zu“ oder „trifft ganz und gar nicht zu“, wie könnten Spielräume geschaffen oder vergrößert werden?
III.D.3	Welche bearbeitbare Fragen oder Arbeitsaufträge könnten an die Bevölkerung und/oder ausgewählte Zielgruppe(n) formuliert werden? Was ist konkret der Beteiligungsgegenstand?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung / Beispiele:	
III.D.4	Welche Informationen über den Beteiligungsgegenstand werden für die Beteiligung benötigt? Wer könnte die Informationen zur Verfügung stellen?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> zum Beispiel folgende Informationen:	

Fragen		Ihre Antworten
III.D.5	Was soll im Anschluss mit den Ergebnissen geschehen? Wie können vorliegende Bürgerbeteiligungsergebnisse am besten in den laufenden bzw. anschließenden Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozess eingebracht werden?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:
III.D.6	Bis wann spätestens müssten Ergebnisse aus der geplanten Beteiligung vorliegen?	Kalenderwoche (KW): _____ muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterungen / Hinweise:
III.D.7	Gibt es aufseiten der fachlichen Prozessbeteiligten (Fachdienststellen) ausreichend Kapazitäten? Zum Beispiel um Informationen vor, während oder nach der Beteiligungsphase zu liefern oder Beteiligungsergebnisse zu bearbeiten bzw. Zuarbeiten zur Auswertung zu liefern?	ja: <input type="checkbox"/> muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> sonstige Erläuterungen:
III.D.8	Wer ist der konkrete Adressat des Bürgerbeteiligungsoutputs? Wer nimmt die Ergebnisse (direkt oder vermittelt und verarbeitet durch die Verwaltung) in Empfang? Welche Prozesse müssen hier konkret berücksichtigt werden?	muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> Erläuterung:
III.D.9	Aufseiten der Politik (Adressat) werden der Bürgerbeteiligung Spielräume zugesanden: intensive Beratung der Beteiligungsergebnisse und Bereitschaft für Rückmeldung an die Bürgerschaft in Form einer Dokumentation oder eines Rechenschaftsberichts	ja: <input type="checkbox"/> muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> sonstige Erläuterungen, bzw. wie könnte die Bereitschaft erhöht werden?
III.D.10	Aufseiten der Politik (Adressat) gibt es ausreichend Kapazitäten den Bürgerinput (als zusätzliches Abwägungsmaterial) zu verarbeiten.	ja: <input type="checkbox"/> muss noch geklärt werden: <input type="checkbox"/> sonstige Erläuterungen:

Fragen	Ihre Antworten
III.D.11	<p>In welcher Form müssten Ergebnisse aufbereitet werden, damit sie durch Dritte leichter bearbeitet bzw. einfacher im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsprozesse genutzt werden können, zum Beispiel für Zuarbeiten oder für die Politik als „letzte Adressaten“?</p>
III.D.12	<p>In welcher Form und in welchen Abständen soll den interessierten Bürgerinnen und Bürgern bzw. Interessengruppen über die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsergebnissen berichtet werden (Monitoring)?</p>
III.D.13	<p>Gibt es für die periodische Rückmeldung zum Stand der Umsetzungen (Umsetzungsmonitoring) ausreichende Kapazitäten aufseiten der federführenden Fachdienststelle?</p>

## I. Beschluss

TOP:

### Personal- und Organisationsausschuss

Sitzungsdatum 09.07.2013

öffentlich

#### Betreff:

Leitfaden für e-Partizipationsverfahren in der Stadtverwaltung Nürnberg

#### Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
- angenommen / beschlossen, mit : Stimmen
- abgelehnt, mit Stimmen

#### Beschlussstext:

1. Der eP-Leitfaden in der vorliegenden Form wird beschlossen.
2. e-Partizipationsvorhaben der Stadt Nürnberg werden künftig anhand der im Leitfaden definierten Standards durchgeführt, um Lerneffekte in der Stadtverwaltung und Wiedererkennungseffekte in der Nürnberger Bevölkerung zu generieren sowie Qualitätsnormen sicherzustellen. Die im Leitfaden dargestellten Rollen und Funktionen zur Durchführung von eP-Verfahren werden beschlossen.
3. Für eP-Vorhaben im Jahr 2014 sollen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000€ bereitgestellt werden.

II. \_\_\_\_\_

III. Abdruck an:

- |                                      |                          |
|--------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> Ref. I/OrgA | <input type="checkbox"/> |
| <input type="checkbox"/> Ref. II/Stk | <input type="checkbox"/> |
| <input type="checkbox"/>             | <input type="checkbox"/> |

Vorsitzende(r):

Referent(in):

Schriftführer(in):

## I. Beschluss

TOP:

4

### Personal- und Organisationsausschuss

Sitzungsdatum 09.07.2013

öffentlich

#### Betreff:

Leitfaden für e-Partizipationsverfahren in der Stadtverwaltung Nürnberg

#### Abstimmungsergebnis:

- einstimmig  
 angenommen / beschlossen, mit : Stimmen  
 abgelehnt, mit Stimmen

#### Beschlussstext:

1. Der eP-Leitfaden in der vorliegenden Form wird beschlossen.

2. e-Partizipationsvorhaben der Stadt Nürnberg werden künftig anhand der im Leitfaden definierten Standards durchgeführt, um Lerneffekte in der Stadtverwaltung und Wiedererkennungseffekte in der Nürnberger Bevölkerung zu generieren sowie Qualitätsnormen sicherzustellen. Die im Leitfaden dargestellten Rollen und Funktionen zur Durchführung von eP-Verfahren werden beschlossen.

3. Für eP-Vorhaben im Jahr 2014 sollen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000€ bereitgestellt werden.

II. \_\_\_\_\_

#### III. Abdruck an:

- Ref. I/OrgA   
 Ref. II/Stk

Vorsitzende(r):



Referent(in):



Schriftführer(in):

